



## Niederschrift

37. Plenarsitzung des Gemeinderates  
29. März 2022, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

14.

### **Punkt 13 der Tagesordnung: Feinstaubmessungen in den Haltestellen der U-Strab**

**Antrag: AfD**

**Vorlage: 2022/0163**

#### **Beschluss:**

Ablehnung des Antrags

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitliche Ablehnung (3 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Wenn man die Stellungnahme zu unserem Antrag, im U-Strab-Tunnel am Marktplatz Messungen der Feinstaubbelastung durchzuführen, liest, könnte man zu der Ansicht gelangen, das Thema sei erledigt, habe sogar nie existiert. Dem ist mitnichten so, meine Damen und Herren. Ich zitiere direkt aus der angeführten Landtagsdrucksache 16/3056. Über geeignete langfristige Messungen in U-Bahnhöfen, welche auf ein schwerwiegendes Problem mit Handlungsbedarf schließen lassen, liegen keine Informationen vor, Zitat Ende. Man weiß also gar nichts. Gepaart wird dies mit der blumigen Behauptung, die seinerzeit von KIT-Wissenschaftlern vorgenommenen Messungen in einer U-Bahnstation in Stuttgart entsprächen nicht amtlichen Vorgaben. Auf gut Deutsch, die Wissenschaftler vom KIT seien nicht in der Lage gewesen, korrekt zu messen oder hätten womöglich mit Absicht, in Anführungszeichen, falsch gemessen. Feinstaub scheint generell ein Phänomen zu sein, das in Karlsruhe offiziell gar nicht existiert. Auch erhöhte Belastungen durch Heizen mit Holzpellets, und das war in den BNN jüngst Thema, interessieren in Karlsruhe nicht. Wenn die Stadt damit konventionelle Heizungen zum Beispiel in Schulen ersetzt, gibt es auf Schulhöfen halt mehr Feinstaub. Asthmatiker können ein Lied davon singen, aber für die Energiewende müssen halt auch unsere Jüngsten Opfer bringen. Andererseits entspricht die in der Reinhold-Frank-Straße fest eingerichtete Messstelle bekannterweise nicht den maßgeblichen EU-Messvorgaben, weil viel zu nah an der Straße, aber da handelt es sich ja auch um bösen Feinstaub, weil von Straßenverkehr. Also ist falsches Messen da völlig in Ordnung, und wenn dort künftig höhere Werte gemessen werden

sollten, weil bei Tempo 30 meist im zweiten statt im dritten Gang gefahren wird, kommt man einem Grün ersehnten Fahrverbot dort vielleicht näher. Für die sogenannte Verkehrswende heiligt anscheinend der Zweck die Mittel. Weiter schreibt die Stadt, in der neu erbauten U-Strab gibt es keinen alten, logisch, aber auch keinen neuen Feinstaub, weil da nur elektrisch gebremst würde. Wenn dem so sein sollte, wären diese ganzen vorgenannten Auslassungen über vermeintlich falsches Messen ja nicht nötig, oder? Dabei übersieht man einen bedeutenden Aspekt oder lässt ihn womöglich bewusst unter den Tisch fallen. Am Marktplatz haben wir eines der dicht befahrensten unterirdischen Gleisdreiecke Europas mit engen Gleisbögen, in denen unsere Trams vor dem Abbiegen sehr laut quietschen. Das war bereits mehrfach in den BNN Thema. Dass die Bahnen dabei feinsten Metallstaub von Schienen und Rädern abhobeln, blieb bislang jedoch unberücksichtigt, aber das geschieht bei den abbiegenden Linien S1, S4, S7, S8, S11 und der Tram 2, tagsüber 34 Mal pro Stunde. Man könnte dem alternativ durch regelmäßiges Schmieren dieser Gleisbögen begegnen, aber dafür sehen die Verkehrsbetriebe bislang keinen Bedarf. Dabei gibt es heute auch die Möglichkeit, gezielt in solchen Bereichen GPS gesteuert zu schmieren und damit den Metallabrieb und auch das Quietschen weitgehend zu vermeiden. Wem die Gesundheit der Karlsruher ÖPNV-Nutzer nicht gleichgültig ist, sollte daher für unseren Antrag stimmen. Gleichwohl wären wir alternativ mit einer Zusage zufrieden, in diesen Gleisbögen regelmäßig zu schmieren, um die Feinstaubentstehung zu verhindern und en passant den Lärm zu verringern, danke.

**Der Vorsitzende:** Also, wenn ich Sie richtig verstehe, haben Sie gerade vorgeworfen, dass wir kleine asthmatische Kinder opfern, damit man die Schulheizungen auf Pellets umstellt und uns das alles nicht interessiert. Diesen Vorwurf weise ich hier für das Protokoll zurück und stelle fest, dass das nah an den Verschwörungstheorien ist, mit denen wir uns ja an anderen Stellen auch immer herumschlagen müssen.

Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
20. April 2022